

Demographischer Wandel in Großstadtregionen: Impulsstatement

Jessen, Johann

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jessen, J. (2005). Demographischer Wandel in Großstadtregionen: Impulsstatement. In W. Strubelt, & H. Zimmermann (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 5, Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR* (S. 82-85). Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338735>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Johann Jessen

Demographischer Wandel in Großstadtregionen Impulsstatement

S. 82 bis 85

Aus:

Wendelin Strubelt, Horst Zimmermann (Hrsg.)

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 225

Hannover 2005

Demographischer Wandel in Großstadtregionen

Impulsstatement

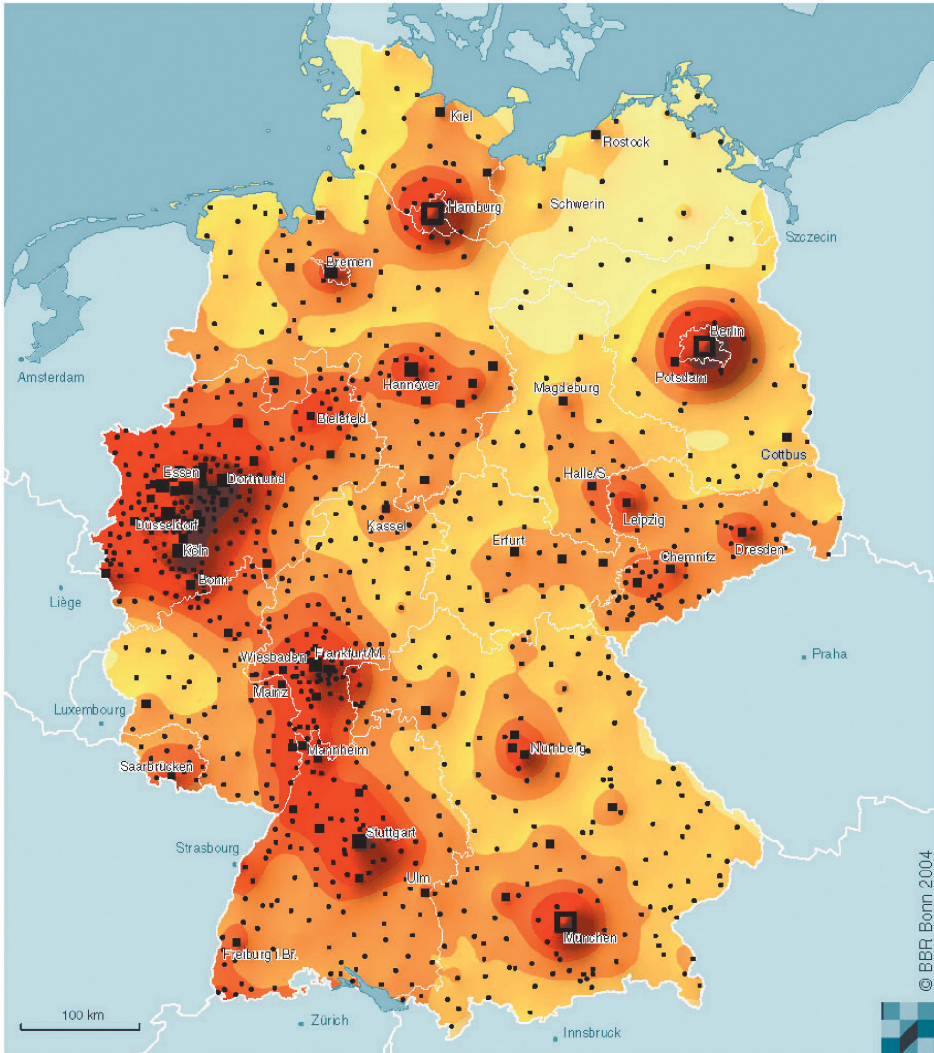
In diesem Beitrag werden in jeweils fünf Punkten zunächst die wichtigsten prognostischen Aussagen zum demographischen Wandel in Großstadtregionen zusammengefasst und anschließend die wichtigsten strategischen Herausforderungen benannt, die sich daraus für die Großstadtregionen ergeben.

Unter *Großstadtregion* sollen hier mehr als nur die sieben Europäischen Metropolregionen in Deutschland, andererseits aber nicht alle Verdichtungsräume verstanden werden. Welche Räume dadurch bezeichnet sind, geht am ehesten aus der aktuellen Karte zum Regionalen Bevölkerungspotenzial aus der laufenden Raubeobachtung des BBR hervor (Abb. 1).

Welche *dominanten Trends* werden die demographische Entwicklung in den Großstadtregionen prägen? Die Ergebnisse der aktuell vorliegenden großräumig differenzierenden Prognosen und Szenarien lassen sich zu den folgenden Aussagen verdichten:

1. Der demographische Wandel (Schrumpfung, Alterung, Internationalisierung durch Zuwanderung) wird alle deutschen Großstadtregionen treffen, allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlichem Gewicht – in Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Dynamik. Die Bevölkerung in den ostdeutschen Großstadtregionen und in den altindustrialisierten Regionen nimmt weiter ab und wird älter. Später und abgeschwächt werden davon auch die wirtschaftsstärkeren Großstadtregionen erfasst. Dort aber wird der Anteil der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund weiterhin ansteigen: durch Zuwanderung und wegen der höheren Reproduktionsraten dieser Bevölkerungsgruppe.
2. Innerhalb der Großstadtregionen trifft der demographische Wandel Kernstadt und Umlandgemeinden unterschiedlich. In den ostdeutschen Großstadtregionen werden die meisten Kernstädte weiterhin Einwohner an das Umland verlieren; deshalb werden manche Umlandgemeinden in schrumpfenden Stadtregionen auch wachsen. Zuwandernde werden sich weiterhin vor allem in den Kernstädten konzentrieren. In den westdeutschen Großstadtregionen erfasst die Alterung auch die Wohnbevölkerung der Gemeinden im Umland – je kernstadtnäher, desto stärker („Randalterung“). Dort werden die Eigenheimbauer der 60er und 70er Jahre in ihren (Einfamilien-)Häusern alt.
3. Die Herausforderungen durch den demographischen Wandel unterscheiden sich entsprechend für die Großstadtregionen. In den ostdeutschen Regionen werden es vor allem die Probleme bleiben, die sich aus Rückgang und Alterung der Bevölkerung ergeben: strukturelles Überangebot an Wohnraum, Unterauslastung technischer Infrastruktur, Verschiebungen in der Nachfrage nach sozialer Infrastruktur, sinkende Steuer- und Kaufkraft. Es geht um die Steuerung des Schrumpfens als „geordneter Rückzug“ im kommunalen und regionalen Maßstab, und damit um völlig neue Probleme und Aufgaben, die neue

Abb.1: Regionales Bevölkerungspotenzial



Regionales Bevölkerungspotenzial

Erreichte Bevölkerung im Umkreis mit Radius 100 km, distanzgewichtet (unter Einbeziehung der europäischen Nachbarstaaten)

- 1 000 000 und mehr
- 500 000 bis unter 1 000 000
- 350 000 bis unter 500 000
- 200 000 bis unter 350 000
- 100 000 bis unter 200 000
- bis unter 100 000

Stadttypen nach Einwohnerzahlen

- Großstadt**
- 1 000 000 und mehr
 - 500 000 bis unter 1 000 000
 - 100 000 bis unter 500 000
- Mittelstadt**
- 20 000 bis unter 100 000

Verbandsgemeinden, Stand 31.12.2001
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR

Quelle: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5/2003, Rückseite Umschlag

Konzepte und Instrumente verlangen. In weiterhin wachsenden Großstadregionen sind – neben der Sicherung eines ausreichenden Wohnungs- und Infrastrukturangebots für eine weiterhin wachsende Zahl von Haushalten – vor allem die sozialen Probleme und Konflikte zu bewältigen, die aus der Zuwanderung erwachsen. Die Programme und Maßnahmen zur Integration müssen sich dabei sowohl auf die hier schon lebenden wie auf die neu zuwandernden Familien aus anderen Kulturkreisen beziehen.

4. Ob und wie die Großstadregionen die verschiedenen Probleme des demographischen Wandels bewältigen können, hängt entscheidend von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und von Politikfeldern ab, die auf lokaler und regionaler Ebene nicht oder nur sehr gering beeinflusst werden können: von zukünftiger Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Renten-, Familien- und Zuwanderungspolitik auf Bundes- und Länderebene. Dort werden die Weichen gestellt für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen, die Investitionen in Bildung und Weiterbildung, die Erleichterung von Zuwanderung usw.
5. Im globalen und europäischen Wettbewerb stehen Großstadregionen zueinander in Konkurrenz, nicht Städte. Durch den demographischen Wandel wird sich deren Konkurrenz um Arbeitsplätze und junge qualifizierte Arbeitskräfte verschärfen. Die Erfolgchancen hierfür sind allerdings ungleich verteilt. Die meisten Prognosen hinsichtlich der zukünftigen Wirtschaftskraft von Stadregionen sehen für die kommenden Jahrzehnte keine grundsätzlichen Verschiebungen: München, Frankfurt und Stuttgart werden voraussichtlich ihre führenden Positionen halten. Vor allem in schrumpfenden Großstadregionen schwächt die Bürgermeisterkonkurrenz um Haushalte, Betriebe, Kaufkraft und Fördermittel die Konkurrenzfähigkeit der Regionen als Ganzes.

Welche *politischen Konsequenzen* ergeben sich daraus für die Großstadregionen? Die folgenden Ausführungen nehmen wichtige Empfehlungen auf, die im gemeinsamen Arbeitskreis von ARL und DASL zu „Strategien für Großstadregionen im 21. Jahrhundert“ formuliert wurden.¹

1. Großstadregionen werden auch in Zukunft die Zentren der Wirtschaftskraft, Standorte der Forschung und Entwicklung und Schwerpunkte des kulturellen und sozialen Wandels sein. Von ihrer Entwicklung wird es nicht nur abhängen, ob die Übergänge von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft gelingen, sondern auch, ob der demographische Wandel bewältigt und die notwendigen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft sozial verträglich gestaltet werden können. Großstadregionen sollten gezielt als Motoren der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung gestützt werden, da von ihnen die Wachstumsimpulse ausgehen werden.

¹ Das Ergebnis des Arbeitskreises, der im Herbst 2003 seine zweijährige Arbeit abgeschlossen hat, ist inzwischen publiziert: ARL/ DASL (Hrsg.): Strategien für Großstadregionen im 21. Jahrhundert. Empfehlungen für ein Handlungsfeld von nationaler Bedeutung. Ergebnisbericht eines gemeinsamen Arbeitskreises von ARL und DASL. Arbeitsmaterial der ARL Nr. 309. Hannover 2004. Dem Arbeitskreis gehörten an für die ARL: G. Albers, J. Aring, A. Priebs, E.-H. Ritter, C. Schmidt, W. Siebel und Chr. Specht; für die DASL: H. Ahuis, K.- J. Beckmann, M. Doehler-Behzadi, M. Eltges, A. Fricke, U. Hatzfeld, J. Jessen (Leitung) und J. Wékel.

2. Damit die Großstadregionen im globalen und nationalen Wettbewerb bestehen können, müssen sie sich auch als eigenständige stadregionale Politik- und Handlungsebene mit einer starken regionalen Selbstverwaltung etablieren. Die Großstadregion muss als Gebietskörperschaft verfasst, durch Direktwahl ihrer Vertreter demokratisch legitimiert und mit eigener Planungs- und Finanzhoheit ausgestattet werden. So kann sie die regionalen Interessen nach außen vertreten und zugleich eine politische Abwägung zwischen widerstreitenden Belangen innerhalb der Stadregion sichern. Jede Region muss dabei ihren eigenen Weg finden.
3. Nur durch wirtschaftliche Strategien, die im regionalen Maßstab formuliert sind, kann der ökonomische Strukturwandel bewältigt werden und können die Großstadregionen im Standortwettbewerb konkurrenzfähig bleiben. Deshalb darf in Großstadregionen Denken und Handeln bei Wirtschaftsförderung und Standortmarketing nicht an den kommunalen Grenzen aufhören. Wegen des zunehmenden Standortwettbewerbs zwischen den Großstadregionen wird eine Politik der Anwerbung von jüngeren und qualifizierten Menschen auf nationaler, vermehrt auch auf internationaler Ebene immer bedeutsamer. Den qualifizierten Zuwanderern ist ein attraktives Umfeld zu bieten. Besondere Bedeutung kommt international und interkulturell ausgerichteten „urbanen Milieus“ zu.
4. In den Großstadregionen müssen auch die sozialen Lasten in regionaler Verantwortung getragen werden. Die sozialen Konflikt- und Problemlagen sind zwischen Kernstadt und Umland ungleich verteilt. Die Kernstädte müssen mit sinkenden Steuereinnahmen immer höhere Sozialausgaben leisten. Zwar konzentrieren sich die sozialen Konflikte und Probleme meist in bestimmten Quartieren der Kernstadt, sie sind aber durch selektiven Bevölkerungsaustausch innerhalb der Region entstanden. Nötig ist daher eine Strategie bezogen auf die gesamte Region, nicht nur auf einzelne soziale Brennpunkte. Die finanziell besser gestellten und sozialstrukturell begünstigten Umlandgemeinden müssen stärker in die Bewältigung der sozialen Probleme in der Region einbezogen werden. Auch darauf ist die geplante Neuregelung der kommunalen Finanzen auszulegen. Auf kommunaler Ebene kann die Dynamik des demographischen Wandels zwar nicht maßgeblich beeinflusst werden, die Kommunen können jedoch stärker als bisher mit einschlägigen Programmen und Strategien wichtige eigene Beiträge leisten: durch Programme zur Integration von Migranten, zur Aktivierung von Senioren, durch familienfreundliche Infrastrukturangebote usw.
5. Um eine nachhaltige Siedlungsentwicklung der Großstadregionen auch unter den Bedingungen des demographischen Wandels zu gewährleisten, ist ein regionales Entwicklungs- und Standortkonzept nötig. Dies gilt nicht nur für die wachsenden Großstadregionen, sondern gerade auch für die schrumpfenden Stadregionen. Gerade der „geordnete Rückzug“ bedarf eines integrierten regionalen Konzepts, nicht nur eines „integrierten Stadtentwicklungskonzepts“. Nur so können Doppelinvestitionen in der Konkurrenz um Bevölkerung und Arbeitsplätze verhindert und nur so kann vermieden werden, dass trotz eines Überflusses an Gebäuden und bereits erschlossenen Flächen zusätzlich Landschaft durch Neuausweisungen für Wohnbauflächen, Gewerbe oder Einzelhandel verbraucht wird. So können Risiken kommunalpolitischer „Verzweiflungstaten“ gesenkt, öffentliche Mittel zur Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur an die veränderte Nachfrage effizienter eingesetzt und kommunale Handlungsspielräume wieder zurückgewonnen werden.